



NIEDERSCHRIFT

über die 23. Sitzung des Stadtrates

der Stadt Landau in der Pfalz

am Dienstag, 08.11.2011,

im Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal

Beginn: 17:00

Ende: 18:30



Anwesenheitsliste

SPD

Sonja Baum-Baur

Dr. Hans-Jürgen Blinn

Franco Casella

Dott. Francesca Chillemi Jungmann

Hermann Demmerle

Klaus Eisold

Dr. Maximilian Ingenthron

Dr. Hannes Kopf

ab 17.10 Uhr TOP 1 ö.S.

Kurt Ludwig

Günter Scharhag

Michael Scheid

Monika Vogler

Natascha Walz

CDU

Dr. Thomas Bals

Heidi Berger

Susanne Burckhardt

Jürgen Doll

Rudi Eichhorn

Peter Heuberger

Andreas Hott

Theo Kautzmann

Wolfgang Kern

Peter Lerch

Rolf Morio



Dorothea Müller

Wilhelm Prokop

Sandro Zandonella

Bündnis 90/Die Grünen

Marianne Brunner

Alexander Ellinghaus

Dietrich Herdel

Susanne Schröer

FWG

Wolfgang Freiermuth

Wolfgang Gauer

Dr. Peter Leydecker

Hans Volkhardt

FDP

Martin Heupel

Otto Pfaffmann

Jochen Silbernagel

Dr. Elke Wissing

ab 17.15 Uhr TOP 2 ö.S.

UBFL

Bertram Marquardt

Dr. Gertraud Migl

Fraktionslos

Magdalena Schwarzmüller

Vorsitzender



Hans-Dieter Schlimmer

Bürgermeister

Thomas Hirsch

ab 17.15 Uhr TOP 2 ö.S.

Beigeordnete

Rudi Klemm

Maria Helene Schlösser

Berichterstatter

Christine Baumstark

(Hauptamt)

Ralf Bernhard

(Stadtbauamt)

Michael Götz

(Gebäudemanagement)

Stefan Joritz

(Amt für Recht und öffentliche Ordnung)

Sonstige

Joachim Arbogast

(Ortsvorsteher Mörlheim)

Mirko Bahm

(Leiter Pressestelle)

Petra Bechtold

(Ortsvorsteherin Dammheim)

Carina Treitz

(Persönliche Referentin des Oberbürgermeisters)

Schriftführer

Markus Geib

Entschuldigt

SPD

Prof. Peter Leiner

Hans Peter Thiel



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

T a g e s o r d n u n g

Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde
2. Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau an Herrn Willi Klag
3. Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz an die Eheleute Hans und Inge Blattmann
4. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Beteiligung der Stadt Landau an der weltweiten Kampagne "Fairtrade-Towns"
Vorlage: 101/128/2011
5. Antrag der Stadtratsfraktionen von CDU, FWG und FDP; Konzept zur Erhaltung/Errichtung von Sporthallen
Vorlage: 101/129/2011
6. Neubesetzung von Ausschüssen
Vorlage: 101/122/2011
7. Änderung der Zweckvereinbarung über die gemeinsame Wahrnehmung von Aufgaben der Kraftfahrzeugzulassungsstelle
Vorlage: 320/021/2011
8. Änderung der Zweckvereinbarung über die Übertragung von Aufgaben der Veterinärbehörde der Stadt Landau in der Pfalz auf den Landkreis Südliche Weinstraße
Vorlage: 320/022/2011
9. Abschluss einer Zweckvereinbarung über die Übertragung von Aufgaben nach dem Betäubungsmittel- und Heilmittelwerbeengesetz von der Stadt Landau in der Pfalz auf den Landkreis Südliche Weinstraße
Vorlage: 320/023/2011
10. Erhebung von Ausbaubeiträgen für die Erneuerung der Straßenoberflächenentwässerung im Bereich der Verkehrsanlage Horststraße (östl Teil, K 5)
Vorlage: 600/047/2011
11. Bebauungsplan "GS4 - 2. Teiländerung"
Aufstellungsbeschluss
Vorlage: 610/131/2011
12. Jahresabschluss 2010 des Gebäudemanagements Landau - Eigenbetrieb
Vorlage: 820/061/2011
13. 14. Teiländerung des Flächennutzungsplanes 2010 der Stadt Landau in der Pfalz (Parallelverfahren zur Aufstellung des Bebauungsplanes C25 "Konversion Landau-Süd/Landesgartenschau"), abschließende Beschlussfassung



Vorlage: 860/106/2011

14. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Einwohnerfragestunde

Herr Müller stellte die Frage, was die Stadt Landau tun wolle, um den Geothermie-Erdbebenterror zu bekämpfen.

Der Vorsitzende wies darauf hin, dass man am Oberrheingraben lebe und es hier permanent kleinere Erdstöße gebe. Er sei hier anderer Auffassung und man könne hier nicht von Erdbebenterror sprechen. Daher gebe es auch keine aktuelle Veranlassung hier etwas zu tun. Es sei ja bekannt, dass man nur eine befristete Genehmigung für das Geothermiekraftwerk habe und man auch nicht mit voller Kraft arbeite. Wie sich die Zukunft gestalte, könne er heute nicht beantworten. Er wolle heute auch keine abschließende Antwort geben, weder in die eine noch in die andere Richtung. Landau habe hier auch Signalwirkung. Wenn unser Projekt scheitere, dann habe dies Signalwirkung für andere.

Bürgermeister Hirsch ergänzte, dass das Land mitgeteilt habe, dass die weiteren Fördermittel für das Projekt nicht zur Verfügung gestellt werden. Man sei sich im Stadtvorstand einig, dass man auf Dauer keinen Zuschussbetrieb finanzieren könne. Der Aufsichtsrat habe heute den Vorstand der Energie Südwest beauftragt, konkrete Ausstiegsszenarien zu prüfen.

Herr Dumröse sprach erneut eine bessere Kennzeichnung des Ebenbergs als Naturschutzzentrum an. Im Zuge der Landesgartenschau sollte man über die Aufstellung von Infotafeln nachdenken.

Beigeordneter Klemm ging davon aus, dass dies passieren werde. Die Infotafeln sollen aber erst dann gestellt werden, wenn das Wegekonzept stehe. Dies müsse man mit der Deutschen Bundesumweltstiftung abstimmen, die seit ein paar Wochen Besitzer des Ebenbergs sei.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau an Herrn Willi Klag

Der Vorsitzende würdigte Herrn Willi Klag für seine Verdienste im gesellschaftlichen und sportlichen Bereich. Die ehrenamtlich Tätigen seien das Herz und die Seele der Stadt. Er sei 1961 Gründungsmitglied des SV Dammheim gewesen. Seit 1991 widmet er mit Herzblut einen Großteil seiner Freizeit dem Sportverein, ehrenamtlich, unermüdlich und mit großem Einsatz. Dabei sei ihm nichts zu viel, er betreibe eine Rundumbetreuung der Sportanlage. Darüber hinaus stehe er auch dem Kindergarten für diverse Aufgaben zur Verfügung, ebenso der Ortsvorsteherin für jede auch noch so kleine Aufgabe, die es zu erledigen gelte. Schließlich sei er auch viele Jahre Mitglied des Presbyteriums der Kirchengemeinde gewesen. Er sei ein „Ermöglicher“, Menschen wie er würden eine Stadt auszeichnen.

Die Verleihung der Ehrennadel sei eine Würdigung seiner gesellschaftlichen und sportlichen Verdienste um die Stadt Landau.

Der Vorsitzende verlas die Ehrungsurkunde und überreichte Herrn Klag die Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz.

Herr Klag bedankte sich für die Ehrung.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz an die Eheleute Hans und Inge Blattmann

Der Vorsitzende würdigte das Ehepaar Blattmann für seine Verdienste im sportlichen Bereich. Herr Blattmann sei seit 1946 Mitglied des ASV und seiner Fußballabteilung und habe sich von Anfang an in herausragender Weise engagiert. 35 Jahre lang als Mitglied des Spielausschusses, einige Zeit davon stellvertretender Spielleiter und 10 Jahre Leiter der Amateure. Das herausragendste sei aber die Führung des Archivs des Vereins, das er seit 1949 lückenlos führe. In unzähligen Bänden seien die glanzvollen und auch die schweren Zeiten des ASV in den letzten 62 Jahren lückenlos erfasst. Dies sei ein unschätzbarer Wert für den Verein und letztlich auch für die Stadt. Für dieses Engagement sei er auch mit der Verdienstmedaille des Landes ausgezeichnet worden.

Seine Frau Inge unterstütze ihn seit über 50 Jahren bei diesen Aktivitäten. Auch sie sei in vielfältiger Weise im Verein engagiert. In dessen Namen leitete sie viele Jahre das Clubhaus und auch das Schwimmbadkiosk. Nie in vorderster Front stehend, sei sie dennoch mit großem Engagement und Ausdauer für den Verein tätig.

Die Verleihung der Ehrennadel sei eine Würdigung dieser gesellschaftlichen und sportlichen Verdienste des Ehepaares Blattmann.

Der Vorsitzende verlas die Ehrungsurkunde und überreichte den Eheleuten Blattmann die Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz.

Herr Blattmann bedankte sich auch im Namen seiner Frau für die Ehrung. Er habe die Bitte an die Ratsmitglieder, dass man im Sinne der Förderung des eigenen Nachwuchses einen Kunstrasenplatz im Sportzentrum West schaffe.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Beteiligung der Stadt Landau an der weltweiten Kampagne "Fairtrade-Towns"

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 29. September 2011, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron begründete den Antrag. Fairer Handel sei ein kleiner Beitrag zum großen Ziel, die Welt gerechter zu machen. In Deutschland hätten bereits 55 Städte den Titel „Fairtrade-Town“ erworben. Die SPD wünsche sich, dass Landau die 56. Stadt wird, die sich diesem Bündnis anschließe. Wohl gebe es eine Reihe von Anforderungen, die man allerdings bewältigen könne. Man könne den Menschen in den Entwicklungsländern etwas mehr Zukunft zeigen. Er wünsche sich heute ein Signal, dass sich Landau auf den Weg mache zu einer Fairtrade-Stadt.

Der Vorsitzende betonte, dass ein solcher Antrag aller Ehren wert sei. Er müsse aber auch umgesetzt werden. Es gehe hier um eine Zertifizierung und nicht nur um einen einfachen Beschluss. Wenn man sich auf diesen Weg begeben wolle, dann sei dies ein ganzes Stück Arbeit. Man benötige Steuerungsgruppen, müsse mit öffentlichen Einrichtungen und Betrieben reden, müsse Medienarbeit betreiben. Dies sei so für die Verwaltung im Moment nicht leistbar. Man habe zu viele andere Aufgaben im Moment wie z. B. den Covenant of Mayors, das DV-Konzept, das Weiterbildungskonzept für die Mitarbeiter, die Landesgartenschau und der Kommunale Entschuldungsfonds.

Wenn die Fraktionen eine Arbeitsgruppe bilden, um diese Zertifizierung vorzubereiten, dann könne man diesen Weg gehen. Die Verwaltung könne dies mit dem vorhandenen Stand beim besten Willen nicht leisten.

Ratsmitglied Morio erklärte, dass die Fairtrade-Organisation eine sinnvolle und nutzbringende Arbeit verrichte. Fairtrade habe in Deutschland 36 Mitgliederorganisationen. Dadurch bestehe auch in Landau bereits ein dichtes Netzwerk an Fairtrade-Artikeln. Daher sei es aus seiner Sicht nicht notwendig, dass sich Landau um den Titel „Fairtrade-Town“ bewerbe. Der Aufwand für die Verwaltung und auch der Kostenaufwand wäre verhältnismäßig groß. Im Rahmen der Beratungen zum Kommunalen Entschuldungsfonds berate man derzeit, wie man den Beitrag der Stadt Landau von 1,2 Millionen Euro jährlich erbringen könne. Dabei denke man natürlich auch daran, freiwillige Leistungen einzusparen. Dann könne man nicht schon wieder eine neue freiwillige Aufgabe beginnen. Die CDU-Stadtratsfraktion unterstütze die Ideen von Fairtrade, werde aber den Antrag aus den genannten Gründen ablehnen.

Ratsmitglied Schröer unterstützte die Idee des Fairtrade. Sie griff den Vorschlag des Oberbürgermeisters auf, erstmal interfraktionell über das Thema zu beraten. Es sei eine sehr komplexe Aufgabe. Daher sei es sinnvoll, interfraktionell eine Steuerungsgruppe einzurichten, um das ganze auf eine solide Basis zu stellen. Die Idee sei in jedem Fall unterstützenswert und sollte in Landau umgesetzt werden.

Ratsmitglied Dr. Leydecker war der Auffassung, dass fairer Handel unbestritten menschlich und christlich sei. Dies sollte aber jeder einzelne auf eigene Kosten für sich entscheiden. Für die Stadt Landau seien die Kosten und vor allem der Aufwand zu hoch. Die FWG-Stadtratsfraktion werde dem Antrag nicht zustimmen.

Ratsmitglied Silbernagel betonte, dass die FDP nicht gegen Fairtrade sei, dies sei eine gute Sache. Der Konsument habe in Landau viele Möglichkeiten, Fairtrade-Artikel zu erwerben. Ein Label, Fairtrade-Stadt Landau sei aus seiner Sicht nicht nötig. Wenn man es ernst nehme, sei das ganze sehr arbeitsintensiv. Bis zur Antragstellung wäre eine Menge Vorarbeit zu leisten. Man habe derzeit so viele Projekte, dass man nicht noch ein neues beginnen sollte. Die FDP-Stadtratsfraktion könne diesem Antrag derzeit nicht zustimmen.



Ratsmitglied Dr. Migl teilte mit, dass die UBFL-Stadtratsfraktion den Antrag vorbehaltlos unterstütze. Man sollte sich auf den Weg dieses Prozesses machen und habe als Stadt eine gewisse Vorbildfunktion in dieser Frage. Was bisher war genüge nicht. Natürlich sei es gut, einen Eine-Welt-Laden vor Ort zu haben. Aber es müsse weitergehen, denn die Idee sei wichtig als Vorbildfunktion. Dies könnten die Ehrenamtlichen nicht alleine leisten, hier müsse die Verwaltung mit ins Boot. Die UBFL-Stadtratsfraktion werde dem Antrag zustimmen.

Ratsmitglied Schwarzmüller hielt es für unbedingt notwendig, dass die Stadt eine Vorbildfunktion einnehme. In der globalisierten Welt würden wir in Luxus leben und andere in bitterer Armut. Man müsse sich bewusst ansehen, welche Konsequenzen nicht fairer Handel habe. Wir würden von einer Landesgartenschau träumen und seien nicht fähig, für fairen Handel zu sorgen. Dieses Thema müsse Zeit und Geld wert sein.

Der Vorsitzende stellte nochmals klar, dass die Verwaltung dies mit dem vorhandenen Personalstamm nicht leisten könne. Er lehne es nicht grundsätzlich ab, aber wenn man es mache, dann müsse man es auch ernst nehmen. Es gehe hier gerade nicht um Symbolik.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron gab zu bedenken, dass der Antrag nicht mit einer Frist verbunden sei. Er widerspreche auch nicht den Ausführungen des Oberbürgermeisters. Dennoch sei er der Meinung, dass diese Aufgabe aufgenommen werden könne, wenn eine andere abgearbeitet sei. Es hätte eine gewisse Signalwirkung, wenn man das Projekt unter dem Dach der Verwaltung mit Einbindung des Rates platzieren würde. Den Impuls sollte man heute setzen, über den Weg könne man dann reden.

Ratsmitglied Lerch machte deutlich, dass derjenige der heute gegen den Antrag stimme, nicht gegen die Idee des Fairtrade an sich sei.

Der Stadtrat lehnte nachstehenden Antrag der SPD-Stadtratsfraktion mit 20 Ja- und 23 Nein-Stimmen ab:

Die Stadt Landau beteiligt sich an der weltweiten Kampagne „Fairtrade-Towns“ und erwirbt den Titel „Fairtrade-Stadt“.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

Antrag der Stadtratsfraktionen von CDU, FWG und FDP; Konzept zur Erhaltung/Errichtung von Sporthallen

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der Stadtratsfraktionen von CDU, FWG und FDP vom 18. Oktober 2011, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Eichhorn begründete den Antrag. Der Antrag gehe zurück auf die „Botschaft“ des GML aus zwei Sitzungen des Werksausschusses im Oktober. Die kurzfristige Ertüchtigung der Rundsporthalle bringe laut GML einen Zeitgewinn, der Luft verschaffen solle bis Mitte nächsten Jahres. Es sei unbestritten, dass zur Ermittlung des Bedarfs, der Prüfung von Standorten und der Kostenfrage ein erheblicher Zeitbedarf neben dem Tagesgeschäft notwendig sei. Die Last ruhe hier aber nach seiner Auffassung nicht alleine auf dem GML, sondern auf zwei Schultern. Das GML müsse logischerweise die Standortuntersuchung und die Ermittlung der Kostenfrage leisten. Die Bedarfsermittlung aber sei Sache des Amtes für Schulen, Kultur und Sport. Man gehe davon aus, dass diese Ergebnisse schon wesentlich früher vorgelegt werden könnten. Den Fraktionen von CDU, FWG und FDP gehe es hierbei nicht um die Vorlage eines ins Detail ausgefeilten Konzeptes, sondern um Eckpfeiler. Die Errichtung von Sporthallen habe Auswirkungen auf die kommenden Haushalte und die Investitionsplanungen der folgenden Jahre. Einen Beschluss über Haushalt und Finanzplanung könne man nicht fassen, ohne die Eckpunkte zu kennen. Niemand bezweifle, dass der Oberbürgermeister und die Verwaltung sich um die temporäre Verbesserung der Sporthallensituation bemühen. Man sei es jedoch den vielen Schulen und der großen Sportfamilie schuldig, schnelle Antworten zu geben.

Der Vorsitzende stellte klar, dass die Bedarfsprüfung laufe. Er gehe davon aus, dass diese Prüfung bis zum Jahresende abgeschlossen sei und man dann mit der Arbeitsgruppe Sport, dem Sportausschuss, dem Sportstättenbeirat und den politischen Gremien beraten könne, wie es weitergeht. Die Ein-Feld-Halle auf dem Gelände der Landesgartenschau werde kommen, weil sie für die Stadt günstig werde. Diese Prüfung der Frage der Hallenkapazitäten werde bis Jahresende abgeschlossen sein. Nicht bis zum Jahresende abgeklärt sein können, werde eine konkrete Kostenberechnung. Sagen könne er schon, dass für eine Drei-Feld-Halle 2,5 Millionen Euro zu veranschlagen seien und für eine Zwei-Feld-Halle 1,9 Millionen Euro. Diese Eckzahlen würden im Haushalt dargestellt.

Ratsmitglied Dr. Kopf erklärte, dass man sich einig sei, dass man Lösungen brauche. Es bedürfe aber auch einer nachhaltigen und sorgfältigen Prüfung. Dafür sei es wichtig, dass man fundierte Unterlagen habe. Wichtig sei es, für den Haushalt entsprechende Eckpfeiler zu haben. Er appelliere nachdrücklich, sorgfältig mit dem Thema umzugehen. Die SPD-Stadtratsfraktion werde dem Antrag nicht zustimmen.

Ratsmitglied Schröer teilte mit, dass auch die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion dem Antrag nicht zustimmen werde. Ihr sei es wichtig, dass man sich die notwendige Zeit nimmt um eine fachliche und qualitative Lösung zu finden. Gerade die Entscheidung zur zeitlichen Renovierung der Rundsporthalle gebe die notwendige Zeit.

Ratsmitglied Marquardt befürwortete ein kurzfristiges Lösungskonzept. Allerdings müsse dies ein Konzept der kurzen Wege sein. Es sei unbestritten ein Bedarf vorhanden. Das Argument der Haushaltsbelastung könne er nicht gelten lassen. Nicht nur Sportstätten, auch Straßenbau würde den Haushalt belasten. Man werde hier Prioritäten setzen müssen. Er sei der Auffassung, dass man die Problematik der Sporthallenkapazitäten nicht auf dem Rücken der Vereine und Schulen austragen dürfe. Die UBFL-Stadtratsfraktion stimme dem Antrag zu.

Ratsmitglied Morio griff die Zusage des Oberbürgermeisters auf, dass das Konzept bis Ende des Jahres 2011 vorliegen werde. Man nehme auch die Zusage zur Kenntnis, dass die Eckzahlen in den Haushalt 2012 eingestellt werden. Insofern habe sich der Antrag mit der Zusage des Oberbürgermeisters erledigt. **Die Fraktionen von CDU, FWG und FDP ziehen den Antrag zurück.**



Der Vorsitzende stellte noch mal klar, dass man derzeit den Bedarf prüfe. Letztendlich gehe es um die Platzierung einer weiteren Halle und um ein Finanzierungskonzept. Man werde dies dann in der Arbeitsgruppe Sport evtl. gemeinsam mit dem Sportausschuss und dem Sportstättenbeirat noch in diesem Jahr besprechen können.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

Neubesetzung von Ausschüssen

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 31. Oktober 2011, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

- 1. Der Stadtrat wählt Herrn Wilfried Ulbrich, Ruprechtstraße 9, 76829 Landau in der Pfalz als Mitglied in den Sportausschuss.**
- 2. Der Stadtrat wählt Herrn Bernd Acuntius, Hans-Stichter-Straße 25, 76829 Landau in der Pfalz als stellvertretendes Mitglied in den Sportausschuss.**
- 3. Der Stadtrat wählt Herrn Martin Kröhn, Gänsegasse 9, 76829 Landau in der Pfalz als Mitglied in den Sozialausschuss.**
- 4. Der Stadtrat wählt Frau Dr. Gertraud Migl, Ostring 16, 76829 Landau in der Pfalz als weiteres stellvertretendes Mitglied in den Sozialausschuss.**
- 5. Der Stadtrat wählt Herrn Volker Meissner, Kaffeegasse 7, 76829 Landau in der Pfalz als weiteres stellvertretendes Mitglied in den Schulträgerausschuss.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)

Änderung der Zweckvereinbarung über die gemeinsame Wahrnehmung von Aufgaben der Kraftfahrzeugzulassungsstelle

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Ordnungsabteilung vom 16. September 2011, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Stadtrat erteilt die Zustimmung zur Änderung der Zweckvereinbarung vom 09.04.1992 (in Kraft seit 01.09.1992) in der Fassung der Änderung vom 23.02.1995 zwischen dem Landkreis Südliche Weinstraße und der Stadt Landau in der Pfalz über die gemeinsame Wahrnehmung von Aufgaben der Kraftfahrzeugzulassungsstelle entsprechend dem beigefügten Entwurf.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8. (öffentlich)

Änderung der Zweckvereinbarung über die Übertragung von Aufgaben der Veterinärbehörde der Stadt Landau in der Pfalz auf den Landkreis Südliche Weinstraße

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Ordnungsabteilung vom 16. September 2011, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Dr. Kopf erklärte, dass Landau im Bereich der Kooperationen vorbildlich sei. Man habe hier eine Vorreiterrolle. Im Zuge der Beratungen der Kommunalen Verwaltungsreform im Land sei dies als Landauer Modell in die Diskussion übernommen worden.

Ratsmitglied Silbernagel fand es gut, dass die Zusammenarbeit zwischen Stadt und Kreis so gut funktioniere. Gerade im Bereich des Veterinärwesens sollte man darauf achten, dass nicht mit zweierlei Maß gemessen werde.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Stadtrat erteilt die Zustimmung zur Änderung der Zweckvereinbarung vom 08.01.2001 zwischen dem Landkreis Südliche Weinstraße und der Stadt Landau in der Pfalz über die Übertragung von Aufgaben der Veterinärbehörde der Stadt Landau in der Pfalz auf den Landkreis Südliche Weinstraße entsprechend dem beigelegten Entwurf.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 9. (öffentlich)

Abschluss einer Zweckvereinbarung über die Übertragung von Aufgaben nach dem Betäubungsmittel- und Heilmittelwerbeengesetz von der Stadt Landau in der Pfalz auf den Landkreis Südliche Weinstraße

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Ordnungsabteilung vom 16. September 2011, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Stadtrat erteilt die Zustimmung zum Abschluss einer Zweckvereinbarung zwischen dem Landkreis Südliche Weinstraße und der Stadt Landau in der Pfalz über die Übertragung von Aufgaben des Betäubungsmittel- und Heilmittelwerbegesetzes von der Stadt Landau in der Pfalz auf den Landkreis Südliche Weinstraße entsprechend dem beigelegten Entwurf.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 10. (öffentlich)

**Erhebung von Ausbaubeiträgen für die Erneuerung der
Straßenoberflächenentwässerung im Bereich der Verkehrsanlage Horststraße (östl
Teil, K 5)**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 26. September 2011, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Die Erneuerung der Straßenoberflächenentwässerung ist als beitragspflichtige Teileinrichtung der Verkehrsanlage Horststraße (östl. Teil, K5) abzurechnen. Die Verkehrsanlage ist im beiliegenden Lageplan dargestellt.

Der Anteil der Stadt Landau i.d.Pf. an den beitragsfähigen Aufwendungen wird mit 25 % festgesetzt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 11. (öffentlich)

Bebauungsplan "GS4 - 2. Teiländerung"
Aufstellungsbeschluss

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 15. September 2011, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

1. Für das in der Anlage 1 umgrenzte Gebiet der Gemarkung Landau-Godramstein nördlich der Straße „In der Plöck“, östlich der Adolf-Kessler-Straße, südlich des Gebäudes Adolf-Kessler-Straße Nr. 1 und westlich des Friedhofs Godramstein wird gemäß § 2 Abs. 1 BauGB der Bebauungsplan GS4 „2. Teiländerung“ aufgestellt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB auf der Grundlage der in der Begründung dargestellten Planungsziele vorzunehmen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12. (öffentlich)

Jahresabschluss 2010 des Gebäudemanagements Landau - Eigenbetrieb

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Gebäudemanagements vom 5. Oktober 2011, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Herr Götz gab weitere Erläuterungen zum Jahresabschluss des GML. Man habe erneut ein gutes Jahr gehabt. Trotz eines Planverlustes habe man einen Gewinn ausweisen können.

Ratsmitglied Kautzmann erklärte, dass man froh sei, den Schritt zum Gebäudemanagement gemacht zu haben. Es werde alles viel professioneller gemacht. Ohne das Gebäudemanagement wäre man viel weniger effizient. Nach wie vor gebe es eine getrennte Ausweisung nach Sparten. Es stelle sich die Frage, ob man dies nicht zusammenlegen könne.

Herr Götz erwiderte, dass es Wunsch des Rates bei der Gründung des GML gewesen sei, den Wohnhausbesitz in einer eigenen Sparte auszuweisen. Wenn es den Wunsch gebe, könne man diese Spartenentrennung ab 2013 aufgeben. Dies sollte im kommenden Jahr im Werksausschuss diskutiert werden.

Der Vorsitzende dankte den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Gebäudemanagements und auch der Werkleitung für die engagierte Arbeit.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

1. Den Jahresabschluss des Gebäudemanagements Landau – Eigenbetrieb zum 31. Dezember 2010 mit einer Bilanzsumme von 119.957.313,86 EURO, konsolidiert aus dem Jahresabschluss des Gebäudebestandes Landau mit einer Bilanzsumme von 112.482.514,11 EURO und des Wohnhausbesitzes mit einer Bilanzsumme von 7.685.297,90 EURO.
2. Den Jahresgewinn in Höhe von 278.300 EURO, der sich aus den Abschlussergebnissen der Betriebszweige
 - Gebäudebestand mit einem Jahresgewinn von 53.214,35 EURO
 - Wohnhausbesitz mit einem Jahresgewinn von 225.085,65 EUROzusammensetzt, wie folgt zu verwenden:
 - a) Jahresgewinn des Betriebszweiges Gebäudebestand Landau als Gewinnvortrag auf neue Rechnung vorzutragen,
 - b) Jahresgewinn des Betriebszweiges Wohnhausbesitz zum teilweisen Ausgleich des Verlustvortrages des Vorjahres.
3. Den in der Anlage beigelegten und aus der Jahresrechnung 2010 abgeleiteten Beteiligungsbericht des Gebäudemanagements Landau – Eigenbetrieb.
4. Die Entlastung der Werkleitung zu erteilen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 13. (öffentlich)

14. Teiländerung des Flächennutzungsplanes 2010 der Stadt Landau in der Pfalz (Parallelverfahren zur Aufstellung des Bebauungsplanes C25 "Konversion Landau-Süd/Landesgartenschau"), abschließende Beschlussfassung

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs vom 6. Oktober 2011, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Dr. Kopf erklärte, dass mit diesem Beschluss die Voraussetzung für die Ansiedlung eines Einzelhandelsvollsortimenters im Süden geschaffen werde. Er erinnere daran, dass dies auf einen Antrag der SPD-Fraktion zurückgehe.

Ratsmitglied Dr. Migl bedauerte, dass man heute keine Teiländerung vorliegen habe, die die Südtangente aus der Flächennutzungsplanung herausnehme. Der südliche Teil der Südtangente sei nach wie vor in der Flächennutzungsplanung drin. Aus diesem Grunde lehne die UBFL-Stadtratsfraktion diese Sitzungsvorlage ab.

Der Vorsitzende machte deutlich, dass für ihn der Kompromiss mit dem Rat nicht zur Debatte stehe. Die Option Südtangente müsse erhalten bleiben, ob man tatsächlich dann baue, sei eine Frage die nicht jetzt entschieden werde.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 41 Ja- und 2 Nein-Stimmen:

1. **Die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB vorgebrachten Stellungnahmen zur Vorentwurfsfassung der 14. Teiländerung des Flächennutzungsplanes 2010 vom Februar 2011 werden entsprechend den Abwägungsvorschlägen der Verwaltung vom April 2011, dargelegt in der als Anlage 2 beigefügten Synopse, abgewogen (§ 1 Abs. 7 BauGB). Die Synopse ist Bestandteil dieses Beschlusses.**
2. **Die im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB vorgebrachten Stellungnahmen zur Entwurfsfassung der 14. Teiländerung des Flächennutzungsplanes 2010 vom April 2011 werden entsprechend den Abwägungsvorschlägen der Verwaltung vom September 2010, dargelegt in der als Anlage 3 beigefügten Synopse, abgewogen (§ 1 Abs. 7 BauGB). Die Synopse ist Bestandteil dieses Beschlusses.**
3. **Die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB vorgebrachten Stellungnahmen zur Entwurfsfassung der 14. Teiländerung des Flächennutzungsplanes 2010 vom April 2011 werden entsprechend den Abwägungsvorschlägen der Verwaltung vom September 2011, dargelegt in der als Anlage 4 beigefügten Synopse, abgewogen (§ 1 Abs. 7 BauGB). Die Synopse ist Bestandteil dieses Beschlusses.**
4. **Die 14. Teiländerung des Flächennutzungsplanes 2010 der Stadt Landau in der Pfalz (Parallelverfahren zur Aufstellung des Bebauungsplanes "Konversion Landau-Süd/Landesgartenschau") (Anlage 1) in der Fassung von September 2011 wird endgültig beschlossen und die Begründung gebilligt.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 14. (öffentlich)

Verschiedenes

Der Vorsitzende wies auf die Gedenkfeier zur Reichspogromnacht am 9. November 2011 um 17.00 Uhr sowie auf die Gedenkfeier zum Volkstrauertag am 13. November 2011 um 11.15 Uhr hin und bat die Ratsmitglieder um zahlreiche Teilnahme.

Beigeordneter Klemm stellte kurz den ausgeteilten Einkaufsführer vor, der von der Umweltgruppe der Universität erarbeitet worden sei. Es gehe inhaltlich um nachhaltigen Konsum in allen Bereichen des täglichen Lebens.

Ratsmitglied Lerch sprach die seit Monaten andauernde Diskussion um den Standort der Polizei und um mögliche Kapazitätsausweitungen an. Er wolle wissen, ob es neue Erkenntnisse gebe und ob eine Entscheidung zur Konzeption anstehe.

Der Vorsitzende entgegnete, dass es derzeit nichts Neues gebe. Es gebe lediglich die Entscheidung, dass das Land den Standort Eutzinger Straße nicht wolle. Seiner Meinung nach gebe es sehr gute Gründe für diesen Standort, aber das Land sehe es anders.



Die Niederschrift über die 23. Sitzung des Stadtrates der Stadt Landau in der Pfalz am 08.11.2011 umfasst 18 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 186.

Vorsitzender

Gesehen:

Hans-Dieter Schlimmer
Oberbürgermeister

Thomas Hirsch
Bürgermeister

Markus Geib
Schriftführer

Rudi Klemm
Beigeordneter

Maria Helene Schlösser
Beigeordnete